

**Wie wollen Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, Art. 3 Abs. 3 GG zu ergänzen, um ausdrücklichen Schutz für LSBTIQ zu verankern sowie das AGG auszubauen und wirksamer gestalten (Einbeziehung staatlichen Handelns, Stärkung der Antidiskriminierungsstelle, Verbandsklagerecht, Aufhebung der Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften)?**

Wir setzen uns für die Anerkennung und Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-, Inter- und queeren Menschen ein. Uns geht es um die gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter und Identitäten und darum, allen Bürger\*innen zu garantieren, dass sie dieselben Chancen und Möglichkeiten haben – frei von Diskriminierung. Wie im Zukunftsprogramm zur Bundestagswahl ausgeführt, wird die SPD das Diskriminierungsverbot wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität in Art. 3 Abs. 3 GG aufnehmen, die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz modernisieren. Wir werden diese Gesetzesänderungen im Bundesrat, ggf. auch über entsprechende Bundesratsinitiativen, unterstützen.

**Wie wollen Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, die Vielfalt der Regenbogenfamilien (Zwei-Mütter-Familien, Zwei-Väter-Familien, Mehrelternfamilien oder Familien mit trans\* oder inter\* Eltern) abstammungs- und familienrechtlich abzusichern, die Kinder von Regenbogenfamilien und die gesellschaftliche Akzeptanz stärken?**

Unser Ziel ist die rechtliche Absicherung von LSBTIQ\*-Familien und Trans\* und Inter\*Personen. Wir wollen allen Familien – ob mit oder ohne Trauschein – die Möglichkeit geben, sich frei zu entfalten. Damit dies gelingt, setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, das Familien- und Abstammungsrecht zu modernisieren und den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Gemäß dem Zukunftsprogramm zur Bundestagswahl wird die SPD vielfältige Familienmodelle rechtlich absichern. Mit der Verantwortungsgemeinschaft schaffen wir nach dem Vorbild des französischen „Pacte civil de solidarité (PACS) eine Möglichkeit des füreinander Einstehens für alle, zu deren Lebenssituation das herkömmliche Ehe-Modell nicht passt. Mit der Verantwortungsgemeinschaft unterstützen wir bspw. Regenbogenfamilien zusätzlich darin, füreinander Sorge zu tragen und Verantwortung zu übernehmen, wenn sich mehrere Menschen mit oder anstelle der biologischen Eltern um Kinder kümmern. Dies werden wir auch im Bundesrat unterstützen.

**Wie wollen Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, die Selbstbestimmung von trans\* & inter\* Menschen rechtlich sicherzustellen (hinsichtlich Abschaffung des Transsexuellengesetzes, Voraussetzungen und Altersgrenze für Vornamens- und Personenstandsänderung, ein Verfahren für trans\* & inter\* Menschen, Standesamt oder Gericht)?**

Gemäß unserem Zukunftsprogramm zur Bundestagswahl sollte kein Gericht künftig mehr über die Anpassung des Personenstandes entscheiden. Psychologische

Gutachten zur Feststellung der Geschlechtsidentität wird die SPD abschaffen. Jeder Mensch sollte selbst über sein Leben bestimmen können. Wir wollen, dass trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleich behandelt werden, deshalb werden wir das Transsexuellengesetz reformieren. Um die Selbstbestimmung von trans\* & inter\* Menschen rechtlich sicherzustellen, werden wir die entsprechenden Gesetzesänderungen auch im Bundesrat unterstützen.

***Wie wollen Sie Hasskriminalität gegen LSBTIQ wirksam bekämpfen (landesweiter Aktionsplan zu Prävention und Bekämpfung, Berufung einer Expert\*innenkommission, Benennung LSBTIQ-feindlicher Motive in § 46 und § 130 StGB, Sensibilisierung Polizei & Justiz, bessere Erfassung und Forschung zu Dunkelfeld)?***

Entsprechend dem Zukunftsprogramm zur Bundestagswahl wird die SPD einen nationalen Aktionsplan gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie und Gewalt gegen LSBTIQ\* einführen. Gleichzeitig werden wir nachdrücklich gegen Hasskriminalität gegen LSBTIQ vorgehen. Ein besserer Austausch und ein abgestimmtes Vorgehen auf Bundesebene, z.B. durch Schaffung einer Bund-Länder-Kommission, ist ein wichtiger Schritt. Zudem müssen die Taten durch höheren Ermittlungsdruck konsequenter erfasst und geahndet werden. In den vier Staatsanwaltschaften des Landes wurden in diesem Jahr Sonderdezernate eingerichtet, in denen Ermittlungsverfahren aus dem Bereich der Hasskriminalität durch besonders geschultes Personal bearbeitet wird. Die Arbeit der Ansprechpartner bei der Landespolizei für Betroffene von homo- bzw. trans\*feindlicher Gewalt wollen wir weiter stärken. Die Dunkelfeldforschung wollen wir aufbauend auf den beiden bisher durchgeführten Dunkelfeldstudien ausweiten.

***Wie wollen Sie eine menschenrechtskonforme, LSBTIQ-inklusive Flüchtlingspolitik umsetzen (faire, kultursensible Asylverfahren, Zugang zu Information und unabhängiger Rechtsberatung, Gewaltschutz bei Unterbringung, keine Abschiebung in Verfolgerstaaten, LSBTIQ-Themen in Sprach-/Integrationskursen)?***

Da LSBTIQ-Migrant\*innen in besonderem Maße schutzbedürftig sind, muss ihnen zusätzliche Unterstützung zukommen. Daher setzen wir uns bei diesem Personenkreis u.a. für spezielle Beratungsangebote und Schutzkonzepte ein. Neben der Förderung von Maßnahmen zur Gewaltprävention und Sicherheit besonders schutzbedürftiger Personen verlangt deren persönliche Situation überdies eine entsprechende Qualifizierung und erhöhte Sensibilisierung des Personals in den Einrichtungen. Hier enthalten die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlichten „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ im Hinblick auf LSBTIQ-Geflüchtete hilfreiche Hinweise bzgl. Schutzmaßnahmen, Beratungsangeboten und Personalschulung. Den Hinweis auf LSBTIQ-Themen in Sprach-/Integrationskursen werden wir aufgreifen.

***Wollen Sie Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen für LSBTIQ-lebende Einwander\*innen unterstützen? Wenn ja, wie wollen Sie diese fördern?***

Wir wollen Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen für LSBTIQ-lebende Einwander\*innen unterstützen, damit auch die spezifischen Bedürfnisse von zugewanderten LSBTIQ-Lebenden Berücksichtigung finden. Entsprechend der durch den Verein SchulZ e. V. in Wismar erfolgenden Betreuung und Beratung von Menschen verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten wollen wir derartige Angebote für Asylbewerber\*innen und anerkannt Schutzberechtigte auch in anderen Landkreisen etablieren.

***Inwiefern wollen Sie sich für die Rechte sexueller und geschlechtlicher Minderheiten im Dialog mit den internationalen Partnern Mecklenburg-Vorpommerns einsetzen?***

Wir erachten den Einsatz für die Menschenrechte von LSBTIQ-Personen als wichtigen Teil der deutschen Menschenrechtspolitik. Dabei unterstützt die Bundesrepublik durch ihre Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit die zivilgesellschaftliche Menschenrechtsarbeit für LSBTIQ-Personen und berücksichtigt dabei spezifische Gefährdungslagen. Mit dem von der Bundesregierung in diesem Jahr beschlossenen Inklusionskonzept für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Personen für die Auswärtige Politik und die Entwicklungszusammenarbeit wird dieses Engagement strategischer ausgerichtet. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass dieses Konzept auch auf der Ebene der Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns mit seinen internationalen Partnern Berücksichtigung findet.

***Wie wollen Sie den Landesaktionsplan mit klaren, zeitlich definierten Zielvereinbarungen, Selbstverpflichtungen staatlicher Stellen und Haushaltsmitteln auflegen, LSBTIQ-Demokratieprojekte auf Landesebene absichern, Bildung und Arbeit gegen Rechtsextremismus stärken?***

Wir treten jeglichen Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität entschieden entgegen und werden die rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ\* voranbringen und ihre gesellschaftliche Akzeptanz fördern.

Dazu werden wir den „Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ in einem breiten Beteiligungsprozess fortschreiben und finanziell wie personell untersetzen. Darüber hinaus werden wir die Beratungs- und Unterstützungsstrukturen – insbesondere auch für trans\* und intersexuelle Menschen – sichern und weiterentwickeln. Die Christopher-Street-Days (CSD) sind als die größten Veranstaltungen der queeren Community in Mecklenburg-Vorpommern und für die Sichtbarkeit von LSBTIQ\* unverzichtbar und werden weiterhin von uns unterstützt.

Wir werden den Aufbau der Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) weiterentwickeln, finanziell und personell entsprechend absichern. Zudem werden wir zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ein Ausführungsgesetz auf Landesebene initiieren.

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden viele Menschen allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zu Opfern. Zu ihnen zählen auch queere

Menschen. Für sie wollen wir einen Ort des Gedenkens in Mecklenburg-Vorpommern schaffen, der an ihre Schicksale erinnert.

Besonders in unserer heutigen Zeit ist es notwendig, öffentlich und wahrnehmbar Position für Vielfalt und gegen Diskriminierung zu beziehen. Dies geschieht nicht nur durch Worte. Wir wollen die Beflaggungsordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ändern und so das Hisen unterschiedlicher Fahnen zu bestimmten Anlässen, z. B. CSD, Equal Pay Day, Anti-Gewalt-Woche oder Mayors for peace, ermöglichen.

Die SPD tritt seit ihrer Gründung vor mehr als 150 Jahren für Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit ein. Auch in Zukunft werden wir all jenen Kräften entschieden entgegentreten, die unsere Gesellschaft spalten wollen und auf Hass und Hetze setzen. Extremismus und Gewalt dürfen keinen Platz in unserem Land haben. Wir stehen für ein demokratisches und vielfältiges Mecklenburg-Vorpommern und stärken allen den Rücken, die aktiv für ein friedliches Miteinander eintreten.

### ***Wie wollen Sie LSBTIQ-Themen stärker in der Bildung verankern?***

Als SPD setzen wir uns grundsätzlich für eine diskriminierungsfreie Bildung unter Beachtung diversitätsfördernder Aspekte ein. Eine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft liegt uns am Herzen. Dabei soll jeder Mensch entsprechend seiner individuellen Voraussetzungen gefördert werden.

Wir treten jeglichen Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität entschieden entgegen und werden die rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ\* voranbringen und ihre gesellschaftliche Akzeptanz fördern. Dazu werden wir den „Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ in einem breiten Beteiligungsprozess fortschreiben und finanziell wie personell untersetzen.

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden viele Menschen allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zu Opfern. Zu ihnen zählen auch queere Menschen. Für sie wollen wir einen Ort des Gedenkens in Mecklenburg-Vorpommern schaffen, der an ihre Schicksale erinnert. Dies leistet einen Beitrag zum Geschichtsbewusstsein von Jung und Alt.

Echte Chancengleichheit von allen Menschen kann es nur geben, wenn von Anfang an eine geschlechtersensible Erziehung und Bildung in den Blick genommen wird. Unterrichtsinhalte, -gestaltung und -materialien müssen Vielfalt zeigen und tradierte Rollenbilder aufbrechen. Deshalb wollen wir den geschlechtersensiblen Ansatz in die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte, des Erziehungs- und sonstigen pädagogischen Personals dauerhaft verankern. Schon jetzt beinhaltet beispielsweise die Handreichung des SPD-geführten Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Sexualerziehung im Schulunterricht bewusst nicht nur tradierte, sondern explizit moderne Familienformen und –konstellationen, um auch bei den Erwachsenen von morgen Toleranz zu fördern und ihnen eine gewisse Sicherheit darin zu vermitteln, sich so wie sie sind in der Welt zurechtzufinden.

***Beabsichtigen Sie die Entsendung von LSBTIQ\*-Interessenvertreter\*innen in den NDR-Rundfunkrat?***

Wir werden uns bei künftigen Staatsvertragsverhandlungen mit den anderen norddeutschen Ländern und bei künftigen Novellierungen des Landesmedienrechts dafür einsetzen, dass der NDR-Rundfunkrat und der Medienausschuss des Landes vielfältiger aufgestellt und jeweils u. a. auch eine\*n Vertreter\*in der LSBTIQ\*-Community in diese Gremien entsendet wird.

***Beabsichtigen Sie eine Änderung der Beflaggungsverordnung, um öffentliche Gebäude, wie Ministerien und Behörden bspw. Anlässlich des IDAHOBITs und der CSDs mit Regenbogenflaggen zu beflaggen?***

Besonders in der heutigen Zeit ist es notwendig, öffentlich und wahrnehmbar Position für Vielfalt und gegen Diskriminierung zu beziehen. Wir wollen die Beflaggungsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ändern und so das Hissen unterschiedlicher Fahnen zu bestimmten Anlässen, wie IDAHOBIT, CSD, Equal Pay Day, Anti-Gewalt-Woche oder Mayors for peace, ermöglichen.

***Wie wollen Sie die diskriminierenden Blutspendeverbote für „MSM“ und Trans\* aufheben, einen LSBTIQ\*-Gesundheitsbericht auflegen, das Gesundheitsrisiko Diskriminierung angehen, für LSBTIQ\*-inklusive Gesundheitsversorgung sorgen sowie einen Rettungsschirm für Corona-bedrohte LSBTIQ\*-Infrastruktur spannen?***

Blutspenden rettet Leben. Daher unterstützen wir alle Initiativen auf Bundesebene gegen die Diskriminierung von homo- und bisexuellen Männern bei der Blutspende. Denn Blut ist Blut und wird dringend benötigt. Wir werden darauf hinwirken, dass die diskriminierende Richtlinie der Bundesärztekammer zur Blutspende abgeschafft wird.

Der beste Gesundheitsschutz vor Diskriminierung ist der Kampf dagegen. Wir stellen uns konsequent gegen Diskriminierung und Gewalt. Wir werden auf Bundesebene einen nationalen Aktionsplan gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie und Gewalt gegen LSBTIQ\* einführen und uns auf europäischer Ebene für die Ächtung solcher Diskriminierung einsetzen. Wir fördern den Kampf gegen Gewalt und Diskriminierung, die sich gegen queere Menschen richtet - in Deutschland und der Europäischen Union. Das Diskriminierungsverbot wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität werden wir in Art. 3 Abs. 3 GG aufnehmen.

Alle Menschen in MV haben ein Recht auf erreichbare und ebenso qualitativ hochwertige medizinische Angebote. Dieses Ziel in allen Regionen umzusetzen, ist angesichts des demographischen Wandels, der Fachkräftesituation, des rasanten Fortschritts der Spitzenmedizin und Digitalisierung eine echte Herausforderung für unser Land. Dieser Herausforderung stellen wir uns! Sie lässt sich nur meistern, wenn alle Ärztinnen und Ärzte – egal, ob in der Praxis vor Ort oder im Krankenhaus – , alle Pflegerinnen und Pfleger, alle Heilberufe, alle Betreiber von Krankenhäusern, Rehakliniken und Rettungsdiensten, alle Krankenkassen und sonstigen Kostenträger, alle Landkreise, Städte und Gemeinden, Wissenschaft und Versorgungsforschung gemeinsam mit dem Land MV zusammenarbeiten, kurz: Wenn alle an der medizinischen Versorgung Beteiligten an einem Strang ziehen.

Und zwar alle in dieselbe Richtung einer integrierten, auf das Patientenwohl ausgerichteten Versorgung. Die Patientinnen und Patienten stehen dabei im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit. Daher sind für uns Patientenvertreter und Selbsthilfeorganisationen unverzichtbare Partner. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie möglichst in allen relevanten Gremien beteiligt werden und die Sichtweise der betroffenen Menschen dort einbringen können. Wir werden prüfen, inwieweit ein LSBTIQ\*-Gesundheitsbericht die Gesundheitsversorgung der Betroffenen verbessern kann.

Zur Unterstützung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-, Inter- und queeren Menschen brauchen wir eine gut aufgestellte LSBTIQ\*-Infrastruktur. Dafür werden wir uns einsetzen und prüfen, dass die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

***Beabsichtigen Sie, den Bedürfnissen älterer und pflegebedürftiger LSBTIQ nachkommen? Wenn ja, wie?***

Wir wollen das Einrichtungen- und Qualitätsgesetz des Landes zu einem Wohn- und Teilhabegesetz weiterentwickeln. Dabei werden wir die Vorschläge der wissenschaftlichen Gutachten für eine Personalbemessung in der Pflege angemessen berücksichtigen. Ebenso werden wir den kultursensiblen Aspekten und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt der Pflegebedürftigen besondere Aufmerksamkeit widmen.

***Welche Bedeutung messen Sie queeren Räumen und Treffpunkten bei? Wie wollen Sie diese aufgabengerecht finanziell fördern?***

Wie bereits durch die Beantwortung der vorhergehenden Fragen deutlich wurde, ist der Kampf gegen jegliche Diskriminierung ein wichtiges Anliegen der SPD. Die Bedeutung von queeren Räumen und Treffpunkten ist für die Umsetzung dieses Zieles nicht hoch genug einzuschätzen. Wir setzen uns für eine bedarfs- und aufgabengerechte Förderung von Projekten ein. Gemeinsam mit dem fortgeschriebenen Landesaktionsplan werden queere Räume und Treffpunkte in allen Lebensbereichen gestärkt werden.